

Studienordnung und Ordnung zur Feststellung des Erfolgs der Teilnahme für das Weiterbildende Studium „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ des Europäischen Zentrums für Universitäre Studien der Senioren (EZUS) und des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität Bielefeld e.V. (ZWW) in Kooperation mit der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld vom 15. Januar 2009

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 62 und 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31. Oktober 2006 (GV.NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. November 2008 (GV. NRW. S. 714) hat die Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld die folgende Ordnung erlassen:

I. Präambel

II. Allgemeines

- § 1 Anwendungsbereich und Ziel des Weiterbildenden Studiums
- § 2 Dauer und Umfang des Studiums
- § 3 Studienberatung

III. Studium

- § 4 Kommission
- § 5 Zugangsvoraussetzungen und Zulassung
- § 6 Status der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Gebühren
- § 7 Studieninhalte
- § 8 Leistungsnachweise
- § 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 10 Zulassung zur Abschlussarbeit
- § 11 Abschlussarbeit
- § 12 Präsentation und Kolloquium
- § 13 Feststellung der erfolgreichen Teilnahme
- § 14 Zertifikat

IV. Schlussbestimmungen

- § 15 Ungültigkeit
- § 16 Inkrafttreten und Bekanntgabe

I. Präambel

Angesichts der demographischen Entwicklung mit dem zunehmenden Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung geht es verstärkt um eine zeitgemäße Wahrnehmung und eine neue gesellschaftliche Positionierung des Alters. Der gesellschaftliche Wandel sensibilisiert mehr und mehr für die Notwendigkeit, die Chancen des Alters zu erkennen und zu nutzen, das kreative Potential dieses Lebensabschnitts anzuerkennen und neue Formen privater, sozialer und politischer Solidarität zu erproben. Das Prinzip „Aktivierung des Alters“ setzt notwendigerweise die Selbstorganisation und das eigene Engagement der älteren Bevölkerung voraus, was wiederum nach Möglichkeiten einschlägiger qualifizierter Kompetenzentwicklung verlangt.

Das Europäische Zentrum für Universitäre Studien der Senioren in Ostwestfalen-Lippe (EZUS) stellt

sich den Veränderungen einer alternden Gesellschaft und bietet maßgeschneiderte Studienangebote wie das Weiterbildende Studium „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ für die ältere Generation an.

Die Veranstaltungen des Weiterbildenden Studiums „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ werden gemeinsam vom EZUS und vom Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität Bielefeld e.V. (ZWW) in Kooperation mit der Universität Bielefeld durchgeführt. Die Zusammenarbeit ist in der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Verein zur Förderung von Innovationen in der Gesundheitswirtschaft Ostwestfalen-Lippe e.V., der Universität und dem ZWW vom 21.09.2005 geregelt.

II. Allgemeines

§ 1

Anwendungsbereich und Ziel des Weiterbildenden Studiums

(1) Diese Studienordnung gilt für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zum Weiterbildenden Studium zugelassen worden sind.

(2) Das Studienangebot ist ein weiterbildendes Studium und wird als Präsenzstudium mit Fernstudienanteilen und virtueller Unterstützung durchgeführt.

(3) Ziel ist die Vermittlung von erwachsenenpädagogischen Kenntnissen und Methoden für die Anwendung in verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Praxis.

(4) Mit der universitären Weiterbildung „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ soll ein Beitrag geleistet werden, das zunehmende Interesse an selbständigen Tätigkeiten im Bürgerschaftlichen Engagement durch wissenschaftliche Qualifizierung zu unterstützen.

(5) Das Studium wendet sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger in der spät- und nachberuflichen Phase, die auf der Grundlage ihres Erfahrungswissens und ihrer spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten fundiertes praxisorientiertes Wissen für die Übernahme selbstverantwortlicher Tätigkeiten in den Handlungsfeldern: Soziales, Gesundheit, Kommunalpolitik, zivilgesellschaftliche Initiativen und Kultur erwerben und dort Aufgaben übernehmen wollen.

§ 2

Dauer und Umfang des Studiums

(1) Die Studiendauer erstreckt sich einschließlich der Abschlussarbeit über 12 Monate und ist in 3 Trimester gegliedert.

(2) Das Studienprogramm umfasst 42 Präsenztage à 6 Zeitstunden und 160 Stunden Fernstudium mit virtuellen Studien.

§ 3 Studienberatung

Die spezifische Information und Beratung über das Weiterbildende Studium „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ erfolgt vor Studienbeginn und studienbegleitend durch die Geschäftsstelle des EZUS, durch Informationsschriften zum Studienprogramm und zu den Veranstaltungen, durch Informationen im Internet und aus dem Kreis der Lehrenden des Weiterbildenden Studiums.

III. Studium

§ 4 Kommission

(1) Für die wissenschaftliche Begleitung des Weiterbildenden Studiums ist eine Kommission der Fakultät für Gesundheitswissenschaften zuständig. Die Kommission besteht aus mindestens drei Mitgliedern der Gruppe der Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern sowie einem Mitglied der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, je einer aus dem ZWW und dem EZUS benannten Person und einer Vertreterin oder einem Vertreter der Teilnehmenden. Das Mitglied aus dem Kreis der Teilnehmenden hat beratende Stimme. Die Kommission bestimmt aus ihrer Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und die Stellvertretung.

(2) Die Kommission ist beschlussfähig, wenn neben der bzw. dem Vorsitzenden oder der Stellvertreterin bzw. dem Stellvertreter wenigstens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Die Kommission beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der bzw. des Vorsitzenden. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die Kommission kann die Erledigung der Aufgaben für alle Regelfälle auf die bzw. den Vorsitzenden übertragen.

(3) Für die Durchführung der gemeinsamen Veranstaltungen des Weiterbildenden Studiums wird gemäß § 4 Abs. 5 der in der Präambel genannten Kooperationsvereinbarung eine Steuerungsgruppe gebildet, die das gemeinsame Veranstaltungsangebot des ZWW und des EZUS auf der Basis eines vom EZUS vorzulegenden Plans beschließt. Die Steuerungsgruppe informiert die Kommission über ihre Entscheidungen.

(4) Aufgaben der Kommission sind:

- a. Stellungnahme zu inhaltlichen, didaktischen und methodischen Vorgehensweisen des Weiterbildenden Studiums,
- b. Zulassung der Teilnehmenden zur Abschlussarbeit und zur Präsentation und zum Kolloquium,
- c. abschließende Feststellung der erfolgreichen Teilnahme am Weiterbildenden Studium,
- d. Entscheidung über die in § 9 bezeichneten Fälle,
- e. Anregungen zur Reform der Ordnung zur Feststellung des Erfolgs der Teilnahme am Weiter-

bildenden Studium „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“.

§ 5 Zugangsvoraussetzungen und Zulassung

(1) Das Weiterbildende Studium „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ steht Bewerberinnen und Bewerbern offen, die die für die Teilnahme erforderliche Eignung im Beruf oder in vergleichbaren Tätigkeiten erworben haben oder über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen. Die erforderliche Eignung gilt in der Regel als nachgewiesen, wenn die Bewerberin oder der Bewerber über eine Berufsausbildung und eine mindestens zweijährige berufliche Tätigkeit verfügt.

(2) Zur Bewerbung sind folgende Unterlagen einzureichen:

- a. Antrag auf Abschluss eines Teilnehmervertrages,
- b. Lebenslauf mit Bildungsgang und beruflichem Werdegang,
- c. amtlich beglaubigte Kopien von Abschlusszeugnissen zur Berufsausbildung, gegebenenfalls von Zeugnissen über den Hochschulabschluss.

(3) Über den Zugang und die Zulassung zum Weiterbildenden Studium und über den Abschluss eines Teilnehmervertrags entscheiden ZWW und EZUS einvernehmlich auf der Basis des § 5 Abs. 5 der in der Präambel genannten Kooperationsvereinbarung und berichten der Kommission.

(4) Ein Rechtsanspruch auf Zulassung besteht nicht.

§ 6 Status der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Gebühren

(1) Das Weiterbildende Studium „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ wird gemeinsam vom ZWW und vom EZUS in Kooperation mit der Universität auf privatrechtlicher Grundlage angeboten.

(2) Die Veranstaltungsentgelte werden im Einvernehmen zwischen dem ZWW und dem EZUS festgelegt.

(3) Die Teilnahme am Weiterbildenden Studium erfolgt auf der Grundlage eines privatrechtlichen Vertrages zwischen EZUS und ZWW einerseits und den Teilnehmenden andererseits.

(4) Teilnehmende des Weiterbildenden Studiums, die Verträge zum Besuch der Veranstaltungen abgeschlossen haben, können auf Antrag bei der Universität als Gasthörer der Universität Bielefeld zugelassen werden.

§ 7

Studieninhalte

(1) Im Weiterbildenden Studium „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ sind zwei Curriculum-Bereiche zu unterscheiden: Grundlagenstudium und Schwerpunktstudium.

(2) In den „Grundlagen“ erwerben die Teilnehmenden theoretische und methodische Kenntnisse und Fertigkeiten für die Anwendung in verschiedenen Tätigkeitsfeldern des Bürgerschaftlichen Engagements vermittelt. Module folgender Studienrichtungen sind dazu zu studieren:

1. Theoretische Grundlagen
2. Methodische Grundlagen
3. Organisation und Management

Im Schwerpunktstudium werden Kenntnisse und Fertigkeiten in folgenden Modulen erworben:

4. Soziales Engagement
5. Kulturarbeit Gesundheitspolitik und Gesundheitssystem
6. Gesundheitspolitik und Gesundheitssystem.

(3) Nähere Angaben zu den Modulen befinden sich im Studienplan im Anhang zu dieser Ordnung. Die Aufnahme weiterer Studienmodule in das Studienprogramm bedarf der vorherigen Zustimmung durch die Universität.

§ 8

Leistungsnachweise

(1) In vier der Module 1 – 6 ist je ein Leistungsnachweis zu erbringen. Alle Nachweise sind spätestens für die Zulassung zur Präsentation und zum Kolloquium gemäß § 12 vorzuweisen.

(2) Die Leistungen bestehen in schriftlichen und/oder mündlichen Präsentationen zu Fragen und Aufgaben der Modulinhalte. Als mündliche und schriftliche Präsentationen kommen insbesondere in Betracht:

- Referate im Rahmen der Präsenzphasen von 15 Minuten,
- schriftliche Hausarbeiten um Umfang von 8 Seiten zu den jeweiligen Themenbereichen,
- mündliche Prüfungen im Umfang von 15 Minuten.

Weitere Formen sind möglich, der Arbeitsaufwand muss vergleichbar sein.

§ 9

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als „nicht erfolgreich bestanden“, wenn die Teilnehmerin oder der Teilnehmer zu einer zeitlich und örtlich festgelegten Prüfung ohne triftigen Grund nicht erscheint oder nach Beginn der Prüfung von der Prüfung ohne einen solchen Grund zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn die Abschlussarbeit nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen der Kommission unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden, das die Angaben enthält, die die Kommission für die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit benötigt. Erkennt die Kommission die Gründe an, wird der Teilnehmerin oder dem Teilnehmer die Entscheidung umgehend mitgeteilt und ein neuer Termin festgesetzt. Stellt sich während der Prüfung oder nachträglich heraus, dass sich die Teilnehmerin oder der Teilnehmer unerlaubter Hilfen bedient, eine Täuschung begangen oder sich eines Verstoßes gegen die Ordnung während der Prüfung schuldig gemacht hat, kann die Kommission die entsprechende Prüfungsleistung als „nicht erfolgreich“ bewerten.

(3) Belastende Entscheidungen der Kommission sind den Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Vor der Entscheidung ist den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 10

Zulassung zur Abschlussarbeit

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Abschlussarbeit ist schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Kommission zu richten. Im Antrag ist der Name der vorgeschlagenen Erstgutachterin bzw. des vorgeschlagenen Erstgutachters zu nennen.

(2) Der Antrag auf Zulassung zur Abschlussarbeit soll in der Regel im 3. Trimester bei der Kommission gestellt werden.

(3) Wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 erfüllt sind, ist dem Antrag stattzugeben.

(4) Im Zuge des Zulassungsverfahrens bestellt die Kommission die Erstgutachterin oder den Erstgutachter und die Zweitgutachterin oder den Zweitgutachter. Dabei ist dem Vorschlag der Antragstellerin oder des Antragstellers gemäß Absatz 1 in der Regel zu folgen.

§ 11

Abschlussarbeit

(1) Die Abschlussarbeit bezieht sich auf eine theoretisch und praktisch bedeutsame Fragestellung aus einem Modul nach Wahl der Teilnehmenden. Durch die Abschlussarbeit soll die Befähigung der Teilnehmenden nachgewiesen werden, innerhalb einer vorgesehenen Frist eine Thematik aus einem Bereich des Weiterbildenden Studiums „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ selbständig nach wissenschaftlichen Grundsätzen und mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Das Thema der Abschlussarbeit wird zu Beginn des dritten Trimesters auf Vorschlag der oder des Teilnehmenden durch den für den Themenbereich zuständigen Lehrenden festgelegt. Der Umfang der

Abschlussarbeit sollte 25 bis höchstens 30 Seiten betragen. Die Bearbeitung erfolgt innerhalb von vier Wochen nach dokumentierter Ausgabe des Themas.

(3) Im Falle des § 9 Abs. 2 Satz 3 wird die Bearbeitungszeit unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls bis maximal 4 Wochen verlängert. Eine weitere Fristverlängerung ist ausgeschlossen.

(4) Die Abschlussarbeit ist innerhalb der in Absatz 2 oder 3 genannten Frist in dreifacher Ausfertigung bei der oder dem Vorsitzenden der Kommission abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe der Abschlussarbeit haben die Teilnehmenden schriftlich zu versichern, dass sie die Arbeit selbständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht haben.

(5) Die Abschlussarbeit wird mit "erfolgreich" oder "nicht erfolgreich" bewertet. Stimmen die gutachtenden Personen nicht überein, entscheidet die oder der Vorsitzende der Kommission.

(6) Die Bewertung der Abschlussarbeiten sollen den Teilnehmenden spätestens fünf Wochen nach Ablieferung der Arbeiten mitgeteilt werden.

(7) Ist die Abschlussarbeit mit "nicht erfolgreich" bewertet worden oder gilt sie infolge von Rücktritt, Fristversäumnis oder Täuschung als mit "nicht erfolgreich" bewertet, haben die Kandidatinnen und Kandidaten einmal die Möglichkeit der Wiederholung zu einem späteren Prüfungstermin mit neuer Themenstellung. Die vorstehenden Absätze gelten entsprechend.

§ 12 Präsentation und Kolloquium

(1) Zur Präsentation und zum Kolloquium wird zugelassen, wer die in § 8 geforderten Leistungsnachweise vorlegt und die Bewertung der Abschlussarbeit mit „erfolgreich“ nachweist.

(2) Präsentation und Kolloquium finden vor zwei von der Kommission bestellten Prüferinnen und Prüfern statt.

(3) In der Präsentation und im Kolloquium haben die Kandidatinnen und Kandidaten zu zeigen, dass sie mittels wissenschaftlicher Methodik ein relevantes Problem aus der Praxis bearbeiten und kompetent darstellen können, indem sie die wichtigsten Ergebnisse der Abschlussarbeit darstellen und diskutieren. Für Präsentation und Kolloquium sind jeweils etwa 15 Minuten, insgesamt etwa 30 Minuten vorzusehen.

(4) Ort und Zeit der Präsentation und des Kolloquiums werden der Kandidatin oder dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.

(5) Präsentation und Kolloquium sind bestanden, wenn sie von beiden Prüferinnen oder Prüfern als

"erfolgreich" bewertet werden. Werden Präsentation und Kolloquium mit "nicht erfolgreich" bewertet, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einmal die Möglichkeit zur Wiederholung. Der Wiederholungstermin wird von der Kommission festgelegt.

§ 13 Feststellung der erfolgreichen Teilnahme

(1) Die Feststellung der erfolgreichen Teilnahme am Weiterbildenden Studium erfolgt auf der Grundlage
a. der regelmäßigen Teilnahme an den Präsenzphasen,
der Bewertung der Leistungsnachweise als „erfolgreich“,
der erfolgreichen Abschlussarbeit,
der erfolgreichen Präsentation der Abschlussarbeit und des anschließenden Kolloquiums.

(2) Leistungsnachweise sowie Abschlussarbeit und Präsentation mit Kolloquium werden mit „erfolgreich“ bewertet, wenn sie mindestens durchschnittlichen Anforderungen genügen.

§ 14 Zertifikat

(1) Über die erfolgreiche Teilnahme am Weiterbildenden Studium wird ein Zertifikat ausgestellt. Das Zertifikat wird gemäß Kooperationsvereinbarung vom 21.09.2005 gemeinsam von der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld, der oder dem Vorsitzenden des ZWW und der oder dem Vorsitzenden des Beirats des EZUS unterzeichnet.

(2) In dem Zertifikat werden aufgeführt:

- das Thema der Abschlussarbeit
- der Tag des Kolloquiums.

In einer Anlage zum Zertifikat werden die Inhalte der Studienmodule und die Themen und Übungen der Präsenzphasen genannt.

(3) Über die erfolglose Teilnahme wird ein mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und Begründung versehener Bescheid erteilt. Vor der Entscheidung ist den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

IV. Schlussbestimmungen

§ 15 Ungültigkeit

(1) Haben Teilnehmende über die Voraussetzungen gemäß § 5 Abs. 1 oder § 10 Abs. 1 getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zertifikats bekannt, kann die Prüfungskommission das Zertifikat einziehen und nachträglich feststellen, dass diese Teilnehmenden nicht erfolgreich am Studium teilgenommen haben.

(2) Waren die Voraussetzungen für den Zugang und die Zulassung zum Studium, zur Abschlussarbeit oder zur Präsentation und zum Kolloquium nicht erfüllt, ohne dass die Teilnehmenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zertifikates bekannt, entscheidet die Kommission über die Rechtsfolgen.

(3) Vor einer negativen Entscheidung ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Bei negativer Entscheidung ist das Zertifikat einzuziehen. Eine solche Entscheidung ist nach einer Frist von 5 Jahren nach Ausstellung des Zertifikats ausgeschlossen.

§ 16 Inkrafttreten und Bekanntgabe

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntgabe im Verkündigungsblatt der Universität Bielefeld – Amtliche Bekanntmachungen – in Kraft. Sie gilt für alle Teilnehmenden, die das Studium „Management im Bürgerschaftlichen Engagement“ im Jahre 2008 oder später aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses der Fakultätskonferenz der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld vom 30.10.2008.

Bielefeld, den 15. Januar 2009

Der Rektor
der Universität Bielefeld
Universitätsprofessor Dr. Dieter Timmermann

EZUS – Management im Bürgerschaftlichen Engagement

Studienplan

1. Trimester

Theoretische Grundlagen (7 Präsenztage)

Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement
Geschichte und Zukunft der Gesellschaft
 Demografischer Wandel
 Parallelgesellschaften
 Wissens- und Bildungsgesellschaften
Soziale Sicherungssysteme

Methodische Grundlagen (7 Präsenztage)

Moderation und Kommunikation
Methoden der Konfliktlösung
Datenanalyse an ausgewählten Beispielen

2. Trimester

Grundlagen von Organisation und Management (7 Präsenztage)

Betriebswirtschaftliche Grundlagen
 Kameralistische und kaufmännische Rechnung
Rechtliche Rahmenbedingungen
 Profit- und Non-Profit-Organisationen
 Vereins- und Gesellschaftsrecht, Stiftungen
 Haftungs- und Vertragsrecht
Aufbau und Funktion von Organisationen
Konzepte der Personalentwicklung
Strategisches Management
Projektmanagement
Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen
Öffentlichkeitsarbeit und Marketing (Sponsoring)

Schwerpunkt Soziales Engagement (7 Präsenztage)

Struktur und Aufbau des Sozial- und Gesundheitswesens
Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements im sozialen Kontext
Schwerpunkte der sozialen und sozialpolitischen Arbeit
 Sozial- und Altenplanung, Altenarbeit
 Erziehungshilfe, Familie, Kindergarten, Schule
 Migranten und Randgruppen
 Pflege- und Hilfebedürftige
Fördermöglichkeiten

3. Trimester

Schwerpunkt Kulturarbeit (7 Präsenztage)

Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements in der kulturellen Arbeit
Schwerpunkte kultureller Arbeit und Kulturpolitik
 Öffentliche und freie Kultureinrichtungen und –initiativen
 Interkulturelle Kulturarbeit
 Arbeit in unterschiedlichen Kulturbereichen: Museen, Theater, Musik, Tanz, Film
Fördermöglichkeiten

Schwerpunkt Gesundheitspolitik und Gesundheitssystem (7 Präsenztage)

Möglichkeiten Bürgerschaftlichen Engagements im Gesundheitsbereich
Arbeitsfelder im Gesundheitsbereich
 Prävention und Gesundheitsförderung
 Betriebliche Gesundheitsförderung
 Gesundheitsinformation
 Gesundheitliche Beratung sozialer Einrichtungen
Fördermöglichkeiten